

## Forschungswerkstatt: Verfassungspolitik in der Türkei II

Seit dem gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli 2016 ist die Verfassungspolitik in der Türkei von großen Umbrüchen geprägt: In Folge des zwei Jahre lang währenden Ausnahmezustandes wurden fortwährend neue Dekrete erlassen, die bereits zur Suspendierung und Entlassung zehntausender Staatsbediensteter geführt haben und die bestehende Rechtsordnung in Teilen außer Kraft gesetzt haben. Das Regieren per Dekret hat Auswirkungen auf zahlreiche politische und gesellschaftliche Felder, wie etwa das Bildungssystem und die nationale Sicherheit. Die verfassungspolitischen Implikationen dieser Vorgänge sind weitreichend: Ein im Dezember 2017 erlassenes Dekret etwa garantiert für Handlungen gegen den Putschversuch sowie gegen „terroristische Taten“, welche diesen vermeintlich fortsetzen, Straffreiheit.

Die aktuellen Verfassungsänderungen und ihre Entstehung während des Ausnahmezustandes bilden den Ausgangspunkt der Arbeit der „Forschungswerkstatt Verfassungspolitik in der Türkei II“. In mehreren parallel organisierten Einzelstudien analysieren deutsche und türkische WissenschaftlerInnen der Forschungswerkstatt aus disziplinär, methodisch und thematisch verschiedenen Blickwinkeln die wechselvolle Entwicklung des türkischen Rechtsstaates und die vielfältigen Herausforderungen, vor denen dieser steht.

In ihrer ersten Projektphase nahm die Forschungswerkstatt neben dem Scheitern des Verfassungsgebungsprozesses (2011-2013) die Analyse aktueller Verfassungsdiskussionen in den Blick. So analysierten die Fellows unter anderem die Rolle von Referenden und Geschlechterpolitik im Verfassungsgebungsprozess. Daran anknüpfend konzentriert sich die Forschungswerkstatt in ihrer zweiten Förderphase neben der Verfassungsgebung im engeren Sinne auf weitere Akteure und Institutionen. Ein besonderer Fokus

liegt dabei auf dem Wandel der Rechtsstaatlichkeit unter autoritären und populistischen Vorzeichen und den weitreichenden Auswirkungen des Ausnahmezustandes. Erforscht werden dabei etwa Gestalt und Bedingungen der Parlamentsarbeit im Ausnahmezustand, sowohl gegenwärtig als auch im historischen Rückblick, sowie Praxen der Rechtsprechung zu Meinungs- und Versammlungsfreiheit im Wandel der Zeit.

Die Untersuchung dieser Aspekte ermöglicht tiefere Einblicke in den politischen Prozess der Türkei am Scheideweg zwischen demokratischer Konsolidierung und Re-Autokratisierung. Dabei ergeben sich viele Anknüpfungspunkte für eine vergleichende Perspektive: Die Entwicklungen in der Türkei werden mit anderen Fällen historisch, regional und problembezogen ins Verhältnis gesetzt.

Bei regelmäßig stattfindenden Werkstatttreffen und auf der Webseite des Lehrstuhls unter <https://www.sowi.hu-berlin.de/de/lehrbereiche/osteuropa> stellen die Mitglieder der Forschungswerkstatt Auszüge ihrer Arbeit vor. Einblicke in die Werkstatt und ihre Arbeit werden zudem bei vierteljährlichen „Public Lectures“ in Berlin ermöglicht.